Protokoll

über die Sitzung 1/2018 des Vorstands der Rechtsanwaltskammer Hamm, im Hause der Rechtsanwaltskammer, Ostenallee 18, am Mittwoch, dem 10. Januar 2018.

Rechtsanwalt Dr. Wessels eröffnet die Sitzung um 11:10 Uhr.

Anwesend sind Vorstandsmitglieder:

RA Dr. Wessels, RAin Urban, RAin Friebertshäuser-Kauermann, RA Otto, RA Habenstein, RA Baschek, RA Dr. Berghoff, RA Bohnenkamp, RA Brüggemann, RA Dr. Butterwegge, RAin Dercar, RA Dr. Gansweid, RAin Göttker gen. Schnetmann, RAin Heise, RA Hinne, RA Hofmeister, RA Dr. Hüttenbrink, RA Jürges, RA Kerkhoff, RA Dr. Kracht, RAin Meichsner, RA Dr. Meyer, RAin Piaskowy, RA Pieper, RA Plückebaum, RA Quentmeier, RAin Rehrmann, RA Schaeffer, RAin Schwering.

Ferner nehmen teil:

der Hauptgeschäftsführer, RA Peitscher,
sowie die Geschäftsführer, RA Trockel und RA Dr. Weyland.

Es fehlt entschuldigt: RA Dr. Peus.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gestattet der Vorstand die Anwesenheit von Herrn Rechtsreferendar Paolo Damiano Palermo.

Tagesordnung

01. Außerordentliche Präsidentenkonferenz der BRAK am 09.01.2018

hier: beA vorerst offline

RA Dr. Wessels berichtet über die Erörterungen der außerordentlichen Präsidentenkonferenz, deren einziger Tagesordnungspunkt die Probleme um das beA gewesen ist.

Das beA sei seit dem 22.12.2017 offline gestellt, nachdem ein für den Kommunikationsaufbau zwischen lokalem Browser und beA-Anwendung notwendiges Zertifikat aus Sicherheitsgründen gesperrt worden sei. Zwar habe der technische Dienstleister der BRAK, die Fa. ATOS, kurzfristig ein neues Zertifikat zur Verfügung gestellt, dessen Installierung habe aber, wie sich herausstellte, Sicherheitsrisiken für die individuelle PC-Umgebung geschaffen. In einer mehrstündigen Telefonkonferenz des BRAK-Präsidiums am 2. Weihnachtsfeiertag sei deshalb entschieden worden, entgegen der ursprünglichen Empfehlung dazu zu raten, dieses Zertifikat wieder zu entfernen.

Wichtig sei es zu betonen, dass die Datenübertagung vom beA-Server zum Empfänger, also das beA-System selbst, von dieser Problematik nicht betroffen gewesen sei. Diese Daten seien geschützt, wobei in der IT-Community allerdings nun auch insoweit über Sicherheitslücken diskutiert werde. So werde deren Ende-zu-Ende-Verschlüsselung angezweifelt und kritisiert, es würden veraltete Java-Bibliotheken verwandt. ATOS verweise jedoch darauf, dass im Rahmen der Umschlüsselung von

Daten im Hardware-Security-Modul Informationen nicht geöffnet werden würden und ein Zugriff den Besitz aller Schlüssel sowie des Masterkeys voraussetze.

Veranlassung, den Aussagen von ATOS oder der Fa. Governikus als Subunternehmer grundsätzlich zu misstrauen oder die bestehenden Verträge zu kündigen, bestehe nicht. So sei darauf hinzuweisen, dass ATOS BSI-zertifiziert sei, zudem stelle sich die Frage der Alternativen. Unbeschadet dessen habe sich die BRAK gegenüber ATOS Schadenersatzansprüche vorbehalten.

Inzwischen habe ATOS eine Problemlösung entwickelt, die nun getestet werden müsse. Hierzu werde die BRAK auch eigene Gutachter beauftragen, deren Gutachten sie der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen werde. Ferner plane die BRAK, den Lösungsweg nicht nur mit den Gutachtern und technischen Dienstleistern, sondern auch mit institutionell nicht gebundenen kritischen Experten zu erörtern.

Bis zum Abschluss der Tests bleibe das beA weiter offline. Die Dauer dieses Zustands hänge vom Umfang und dem Ergebnis der Tests (black-box-test / white-box-test) ab. In jedem Fall werde der Onlinestellung des beAs eine Vorankündigung von ca. 2 Wochen vorausgehen. Das amtliche Anwaltsverzeichnis, der Anwaltssuchdienst Find-a-Lawyer und die Bestellmöglichkeit von beA-Karten würden bereits am 11.01.2018 wieder zur Verfügung stehen.

Die Angelegenheit wird diskutiert. Einigkeit besteht, dass es ein großer Fehler gewesen sei, das zweite Zertifikat schnell zur Verfügung stellen zu wollen, ohne es ausreichend zu hinterfragen. Hingewiesen wird zudem darauf, die technischen Probleme und deren Kommunikation durch die BRAK hätten zu einem massiven Vertrauensverlust in das beA-System und auch die Institutionen selbst geführt. Kontrovers wird erörtert, ob es, wie geschehen, zur verbesserten Kommunikation gegenüber den Mitgliedern der Beauftragung einer PR-Agentur bedürfe. Wichtig sei nun umfassende Transparenz, wozu gehöre, offene Fragen eindeutig zu beantworten. So etwa, ob und wie die Anwaltschaft ihrer Verpflichtung gem. § 174 Abs. 3 S. 4 ZPO nachzukommen habe, solange das beA nicht zur Verfügung stehe. Zu klären sei auch, wie die Rechtsanwaltskammer Hamm selbst gegenüber ihren Mitgliedern zur Problematik stehe.

Beschluss:

1. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Mittels eines weiteren Sondernewsletters und durch die Homepage der Rechtsanwaltskammer sollen die Kammermitglieder über die aktuelle Entwicklung zum beA informiert werden.

02. Bericht über die Verwaltung des Kammervermögens

RA Habenstein führt aus, das liquide Vermögen der Rechtsanwaltskammer habe sich mit Stand zum 31.12.2017 auf rund 2,9 Mio. Euro belaufen. Das Geld werde auf Tagesgeldkonten der DKB und der Sparkasse Hamm verwahrt, erziele aber keine Verzinsung mehr. Dementsprechend seien Gespräche über alternative Anlageformen geführt worden. Diese seien noch nicht abgeschlossen.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

03. Kammerbeitrag 2019 / ERV-Umlage 2019

RA Habenstein berichtet, der Verwaltungshaushalt 2017 habe mit einem Einnahmenüberschuss von rund 81.000,00 € abgeschlossen. Prognostiziert worden sei zunächst ein Ausgabenüberschuss von rund 346.000,00 €. Die Differenz resultiere u. a. daraus, dass bei den Personalkosten sowie den Reise- und Sitzungskosten deutliche Einsparungen hätten erzielt werden können. Zudem sei bislang keine Umsatzsteuer auf ehrenamtliche Tätigkeit angefallen.

Für 2018 sei mit einem Ausgabenüberschuss von rund 302.000,00 € für 2019 mit einem Ausgabenüberschuss von rund 351.000,00 € zu rechnen.

Zahlen zur ERV-Umlage 2019, so RA Habenstein weiter, liegen aus Berlin noch nicht vor. Der Stand der rechnerischen Überzahlung aus den Vorjahren belaufe sich derzeit auf rund 45.000,00 €, so dass daran zu denken sei, die zukünftig tatsächlich zu erhebende Umlage gegenüber dem BRAK-Beitrag zu ermäßigen.

Beschluss:

1. Der Kammerversammlung wird vorgeschlagen, den Kammerbeitrag für das Jahr 2019 in unveränderter Höhe von 190,00 € festzusetzen.
2. Die Beschlussfassung zur Höhe des ERV-Beitrags 2019 wird zurückgestellt.

04. Wahlordnung zur Wahl der Vertreter in der Satzungsversammlung der Rechtsanwaltskammer Hamm

- als Anlage in der Web-Akte: Entwurf Wahlordnung -

a) Änderung der Wahlordnung

RA Otto legt dar, in Umsetzung der BRAO-Reform aus Frühjahr 2017 bedürfe die Wahlordnung zur Wahl der Vertreter in der Satzungsversammlung der Rechtsanwaltskammer Hamm der Überarbeitung. Eine wesentliche Ergänzung sei die Möglichkeit, die Wahl auch als elektronische Wahl durchzuführen. Die betreffenden Bestimmungen der §§ 13 bis 17 des Entwurfs beruhten auf den entsprechenden Regelungen einer Musterwahlordnung für die Vorstandswahl, die von dem Arbeitskreis „Elektronische Wahlen“ der BRAK erarbeitet worden sei. Weiterhin berücksichtige der Entwurf das aktive Wahlrecht sowohl natürlicher als auch juristischer Personen und die Einbindung des beA in das Wahlverfahren dort, wo es sinnvoll erscheine. Zudem seien einzelne Bestimmungen gestrafft und klarer formuliert worden.

Die Angelegenheit wird diskutiert.

Beschluss:

Der Entwurf der Wahlordnung zur Wahl der Vertreter in der Satzungsversammlung der Rechtsanwaltskammer Hamm wird der Kammerversammlung am 18.04.2018 mit der Maßgabe zur Beschlussfassung vorgelegt, dass § 1 Abs. 1 S. 2 wie folgt lauten soll:

„Stellt der Wahlausschuss fest, dass tatsächliche Hindernisse einer elektronischen Wahl entgegenstehen, findet eine Briefwahl statt.“

b) Durchführung der Wahl als elektronische Wahl

RA Otto erläutert, § 191 b Abs. 2 BRAO n. F. sehe vor, die Wahlen zur Satzungsversammlung als Briefwahl vorzunehmen, eröffne aber auch die Möglichkeit, sie als elektronische Wahl durchzuführen. Eine elektronische Wahl empfehle sich insbesondere aus Kostengesichtspunkten. Ein von der Firma Polyas GmbH zur Durchführung einer Online-Wahl übermitteltes Angebot belaufe sich auf rund 12.500,00 € während die Briefwahl zur Satzungsversammlung 2015 einen Kostenaufwand von rund 33.000,00 € verursacht habe.

Beschluss:

Der Kammerversammlung am 18.04.2018 wird zur Beschlussfassung vorgeschlagen, Wahlen zur Satzungsversammlung als elektronische Wahlen durchzuführen.

5. Wahlordnung zur Wahl der Mitglieder des Vorstandes der Rechtsanwaltskammer Hamm

- als Anlage in der Web-Akte: Entwurf Wahlordnung u. Entwurf Änderung Geschäftsordnung sowie Schreiben HGF Peitscher vom 05.01.2018 -

a) Beschluss der Wahlordnung

RA Otto legt dar, die Wahl in der Kammerversammlung am 18.04.2018 sei die letzte Vorstandswahl, die im Präsenzwahlverfahren stattfinden werde. Ab dem 01.07.2018 sei eine Vorstandswahl gem. § 64 Abs. 1 BRAO n. F. als Briefwahl konzipiert, so dass die bislang geltenden Bestimmungen zur Vorstandswahl in der Geschäftsordnung der Rechtsanwaltskammer nicht mehr greifen. Dementsprechend sei eine neue Wahlordnung für die Vorstandswahl zu beschließen. Deren Inhalt betreffend, gelte das zur Änderung der Wahlordnung zur Satzungsversammlung Gesagte entsprechend. In dem Entwurf der Wahlordnung zur Vorstandswahl sei zudem berücksichtigt, dass bei der Zusammensetzung des Gesamtvorstands der Lokalproporz nach Landgerichtsbezirken zu wahren sei.

Beschluss:

Der Entwurf der Wahlordnung zur Wahl der Mitglieder des Vorstands der Rechtsanwaltskammer Hamm wird der Kammerversammlung am 18.04.2018 mit folgenden Maßgaben zur Beschlussfassung vorgelegt:

1. § 1 Abs. 1 S. 2 soll wie folgt lauten:
„Stellt der Wahlausschuss fest, dass tatsächliche Hindernisse einer elektronischen Wahl entgegenstehen, findet eine Briefwahl statt.“
2. § 4 Abs. 4 soll wie folgt lauten:
„Der Wahlausschuss bestimmt Dauer und Ende der Wahlfrist, wobei die Wahlfrist mindestens vier Wochen betragen und mit Ablauf des Tages der Kammerversammlung beginnen soll.“

b) Durchführung der Wahl als elektronische Wahl

RA Otto nimmt Bezug auf das zu TOP 4. a) Gesagte.

Beschluss:

Der Kammerversammlung am 18.04.2018 wird zur Beschlussfassung vorgeschlagen, Vorstandswahlen als elektronische Wahlen durchzuführen.

c) Änderung der Geschäftsordnung der Rechtsanwaltskammer

RA Otto führt aus, mit Inkrafttreten der BRAO-Reform zum 01.07.2018 und dem Beschluss einer neuen Wahlordnung seien Bestimmungen der Geschäftsordnung der Rechtsanwaltskammer, die sich zur Präsenzwahl des Kammervorstands verhalten, überholt. Zudem solle die Geschäftsordnung insoweit modernisiert werden, als die Möglichkeit eröffnet werde, Veröffentlichungen und Einberufungen auch über das beA zu tätigen.

Beschluss:

Der Entwurf der Änderung der Geschäftsordnung der Rechtsanwaltskammer für den Oberlandesgerichtsbezirk Hamm wird der Kammerversammlung am 18.04.2018 zur Beschlussfassung vorgelegt.

6. Änderung der Geschäftsordnung für den Vorstand der Rechtsanwaltskammer Hamm

- als Anlage in der Web-Akte: Entwurf Änderung Geschäftsordnung -

hier: Sitzungseinberufung in schriftlicher und elektronischer Form, §§ 3 Abs. 2 S. 1 und 6 Abs. 1 S. 1

RA Otto erläutert, die vorgeschlagenen Änderungen der Geschäftsordnung für den Vorstand würden vorsehen, Vorstandssitzungen und Präsidiumssitzungen nicht nur in schriftlicher, sondern auch in elektronischer Form einberufen zu können.

Beschluss:

1. § 3 Abs. 2 S. 1 der Geschäftsordnung für den Vorstand der Rechtsanwaltskammer wird wie folgt geändert:
„Der Präsident beruft die Sitzungen des Vorstands durch Einladungen in schriftlicher oder elektronischer Form ein.“
2. § 6 Abs. 1 S. 1 wird wie folgt geändert:
„Der Präsident beruft die Sitzungen des Präsidiums durch Einladungen in schriftlicher oder elektronischer Form ein.“

7. Änderung der Geschäftsordnung der Rechtsanwaltskammer Hamm

hier: Berufung des Vertrauensanwalts, § 15 Abs. 1

RA Dr. Wessels trägt vor, § 15 der Geschäftsordnung der Rechtsanwaltskammer in der von der Kammerversammlung am 29.03.2017 beschlossenen Fassung sehe vor, den Vertrauensanwalt vom Kammervorstand berufen und abberufen zu lassen. Aus der Kammerversammlung sei seinerzeit auch vorgeschlagen worden, das Recht zur Berufung und Abberufung der Kammerversammlung zu übertragen. Die Diskussion

hierüber sei dann zurückgestellt worden, um das Amt nicht zunächst unbesetzt lassen zu müssen.

Die Angelegenheit wird diskutiert.

Beschluss:

Die Zuständigkeit zur Berufung und Abberufung des Vertrauensanwalts wird auf der Kammerversammlung am 18.04.2018 erneut thematisiert. Der Kammervorstand ist der Auffassung, dass es bei der derzeitigen Regelung verbleiben soll.

8. Anwaltliches Gesellschaftsrecht

hier: Reformüberlegungen des BRAO-Ausschusses der BRAK

Die Angelegenheit wird abgesetzt und auf die Tagesordnung der Vorstandssitzung am 07.02.2018 gesetzt.

9. Termine und Berichte

a) 70. Präsidentenkonferenz der BRAK und Parlamentarischer Abend am 18.01.2018 in Berlin

RA Dr. Wessels berichtet, auf der Tagesordnung der kommenden BRAK-Präsidentenkonferenz werde u. a. das beA, die Umsetzung des Geldwäschegesetzes, legal tech, das anwaltliche Gesellschaftsrecht, die Haushalte 2018 und 2019 sowie das elektronische Wahlverfahren zum Kammervorstand stehen.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

b) Neujahrsempfang am 12. Januar 2018

- als Tischvorlage: Zusagenliste -

RA Dr. Wessels nimmt Bezug auf die als Tischvorlage ausliegende Zusagenliste und trägt vor, Landesjustizminister Biesenbach und Staatssekretär Wedel hätten ihr Kommen zugesagt. Das BMJV sei durch Herrn Sabel und der VGH NRW durch seine Präsidentin Dr. Brandts vertreten. Aus dem Bundestag hätten die Abgeordneten Dr. Heider, Henrichmann und Thies, aus dem NRW-Landtag Frau Kapteinat und Herr Herter zugesagt. Teilnehmen würden außerdem die Präsidenten der BRAK, des AGH, der BNotK, der Steuerberaterkammer, der RAK Düsseldorf, der RAK Köln, des Versorgungswerks und der Wirtschaftsprüferkammer. Auch Frau Nöhre von der Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft werde zugegen sein.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

10. Anträge gem. § 17 II BRAO

...

11. Verschiedenes

- entfällt -

Zusatztagesordnung

01. Anträge gem. § 17 Abs. 2 BRAO

...

Ende der Sitzung: 14:30 Uhr

Hamm, 10. Januar 2018 Pei. / CR

gez. Dr. Wessels
D r . W e s s e l s

gez. Otto
O t t o